Presseinformation

Pressesprecherin
Iris Kampf
Tel.: +49 30 202491-32
Fax: +49 30 202491-50
E-Mail: iris.kampf@ikkev.de

Berlin, 20. November 2026

Notfallreform: Einigung ist wichtig – die Kostenbremse muss halten

Im Nachgang zur Abstimmung über die Reform der Notfallversorgung im Bundestag erklärt der Geschäftsführer des IKK e.V. Jürgen Hohnl:

„Die Innungskrankenkassen begrüßen, dass Bund und Länder sich auf die Notfallreform verständigt und damit die Anrufung des Vermittlungsausschusses abgewendet haben. Nach mehreren gescheiterten Anläufen in unterschiedlichen Legislaturperioden ist endlich die überfällige Reform der Akut- und Notfallversorgung verabschiedet worden.

Die Protokollerklärung zur Finanzierung des Rettungsdienstes ist ein politisches Zugeständnis. So sehr die Einbeziehung der Krankenhausplanungsseite (Länder) bei den Standorten der Integrierten Notfallzentren sinnvoll erscheint, darf dies jedoch nicht zu einem weiteren Ausbau teurer und überflüssiger Kapazitäten führen.

Kritisch beurteilen die Innungskrankenkassen die zugesicherte Refinanzierung der Vorhalte- und Investitionskosten. Wichtig ist, dass die Beteiligung der Krankenkassen an den Investitionsentscheidungen erhalten bleibt und die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) klar auf den Rettungsdienst begrenzt ist. Aufgaben der Daseinsvorsorge und des Katastrophenschutzes dürfen nicht auf Beitragsgelder überwälzt werden.

Bei aller Zustimmung zur eigentlichen Reform der Notfallversorgung bleibt es bedenklich, dass durch die in letzter Runde im Bundestag hinzugekommenen Änderungsanträge die bereits mit dem GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz (GKV-BStabG) beschlossenen Einspar- und Steuerungsmaßnahmen teilweise wieder zurückgenommen oder abgeschwächt werden. Wer die Finanzierung der GKV langfristig sichern will, muss an der Kostenbremse festhalten und Strukturreformen nicht durch Ausnahmen und Nachschüsse aushebeln.“

Über den IKK e.V.:
Der IKK e.V. ist die gemeinsame Vertretung der Innungskrankenkassen auf Bundesebene. Der Verein wurde 2008 gegründet, um die Interessen seiner Mitglieder und ihrer Versicherten gegenüber allen wesentlichen Beteiligten des Gesundheitswesens zu vertreten. Die Innungskrankenkassen stehen für fünf Millionen Versicherte.